

Stadtwerke AG -Gläserne Taschen- Kommunale Initiative



Heidenheim, den 12. Oktober 2012

Ausgangspunkt

„Wir sind ein Industrieland und wir brauchen Strom in großen Mengen. Zuverlässig, rund um die Uhr. Auch nachts, auch an Tagen, an denen der Wind nicht weht. Zu Kosten, die wesentliche Technologien und Produktionsprozesse nicht in andere Länder treiben“. So VOITH-Chef Lienhard (HZ 28.09.2012) mit seiner Forderung nach stabiler, bezahlbarer Energie für die deutsche Industrie.

So wie die Industrie die Politik anmahnt, dass ihr stabile und bezahlbare Energie für ihre Daseins- und Profitstrategien zur Verfügung gestellt wird, so erwarten auch die privaten Haushalte, erwarten die Familien Schulze und Müller in Stadt und Land, für ihre Daseinsvorsorge, bezahlbaren Strom, Gas, Wasser und Wärme.

Dem ist aber nicht so. Die rasant steigenden Energiepreise bedeuten für viele private Haushalte eine zunehmende existenzielle Belastung.

Immer mehr Menschen in Deutschland können sich Energie nicht mehr leisten. Rund 800.000 Menschen werden pro Jahr von ihrer Strom- und Gasversorgung abgetrennt. Die Industrie dagegen wird durch ein Bündel von Ausnahmeregelungen z.B. im Steuerrecht, im Erneuerbaren-Energien-Gesetz, bei Netzentgelten, oder beim Emissionshandel von Abgaben ganz oder teilweise befreit. Trotz der gewaltigen Preisnachlässe bei der Industrie haben die privatisierten Energiemonopole gewaltige Gewinne. Es vergeht kaum ein Tag, an dem in den Medien nicht neue Szenarien und Prognosen über die propagierte „Energiewende“ ausgebreitet werden. Sicher ist allemal, dass durch die „Energiewende“ die großen Absahner die gleichen Konzerne sind, die schon durch den Atomstrom Superprofite eingefahren haben. Denn Stromrabatte für Bedürftige, laut Bundesminister Altmaier (CDU), gibt es nicht.

Unberechtigte Privilegien für die Industrie sind ein Sponsoring an die Konzerne durch die privaten Haushalte.

Das ist bei der Stadtwerke Heidenheim AG, der 100 %-Tochter der Stadt Heidenheim, nicht anders.

Mit Gewinnabführungen und einer Konzessionsabgabe beteiligt sich die Stadt Heidenheim an einer jährlich sicheren Millionen-Euro-Überweisung, die aus den Erträgen, der privaten Haushalte in den Stadtsäckel fließt.

Stadtwerke Vorstand Brünner will mit seinem „Energiekonzept 2020“ den weiteren Bedarf von rund 50 Millionen Kilowattstunden mit 50 Millionen Euro und einem Investitionsprogramm für den Ausbau der Photovoltaik und Windenergie decken.

Eine für die Verbraucher durchschaubare und vertrauenswürdige Energiewende erfordert eine demokratisierte Gesellschaftsform des Heidenheimer Energiekonzerns.

Gesellschaftliches Ziel muss sein:

Die Überführung der großen Energiekonzerne in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle.

Stadtwerke Heidenheim AG

Der von Gemeinderat und Stadtverwaltung initiierte und weit verbreitete Glaube, eine Aktiengesellschaft, selbst wenn sie zu 100 % in städtischem Besitz ist, habe mit ihren Mitgliedern im Aufsichtsrat oder gar OB Ilg als Vorsitzendem ein Recht, die Geschäftspolitik der Aktiengesellschaft im Interesse der Strom-, Gas-, Wasser- und Wärmekunden mitzubestimmen, unterliegt einem Irrglauben. Sie sind nach dem Aktienrecht und dem Geschäftsziel Höchstprofite und dem Hauptaktionär Stadt verpflichtet.

Die im Gewinnabführungsvertrag und dem Konzessionsvertrag geregelten Abführungen unterliegen nicht der Mitbestimmung des Gemeinderats.

Gebühreerhöhungen der Stadtwerke AG bei Strom, Gas und Wärme werden dem Gemeinderat nicht einmal mitgeteilt.

OB Bernhard Ilg und die vom Gemeinderat in den Aufsichtsrat der Stadtwerke AG delegierten Gemeinderäte - OB Ilg, AR-Vorsitzender (CDU), Domberg AR-Stellv.-Vorsitzender (SPD), weitere Mitglieder, Stadtkämmerer der Stadt Heidenheim Zeeb (CDU) Skwara (CDU), Neidlein (SPD) Sautter (B90/Grüne) Grath U. (Fr.Wähler) und Mack (Die Linke/DKP) - haben im Sinne und Interesse der privaten Haushalte in Heidenheim und darüber hinaus nichts zu melden.

Denn, ihr Aufgabenbereich ist festgelegt:

Der Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft hat gem. § 95 ff. AktG im Wesentlichen die folgenden Aufgaben:

»Ein Aufsichtsratsmandat ist ein persönliches Mandat und nicht an Dritte übertragbar. Jeder Aufsichtsrat vertritt in seiner Funktion die Interessen des Unternehmens und hat diesbezüglich eine Förderungspflicht zur Erreichung der Unternehmensziele und eine entsprechende Mitwirkungspflicht. Er ist gegenüber Dritten zur Verschwiegenheit verpflichtet.

Die Fragen eines lesenden Arbeiters sind zwangsläufig:

Welche „Unternehmensziele“ verfolgt das „Unternehmen Stadtverwaltung?“

Und welche demokratische Rechenschaftspflicht haben die vom Gemeinderat delegierten Mitglieder im Aufsichtsrat der Stadtwerke Heidenheim AG gegenüber dem Hauptorgan Gemeinderat? - Keine! - Sie sind gegenüber Jedermann zur Verschwiegenheit verpflichtet.

Warum darf der Gemeinderat den von ihm selbst bestimmten Aufsichtsratsmitgliedern keine Weisungen übertragen?

Der Konzessionsvertrag

ist eines der wichtigsten kommunalen Steuerungselemente. Er regelt das Wegenutzungsrecht. Es ist für die Strom- und Gasleitungen ein Wegenutzungsvertrag zwischen der Stadt Heidenheim und der Stadtwerke Heidenheim AG abzuschließen. Konzessionsverträge haben in der Regel eine Laufzeit von max. 20 Jahren.

Der zwischen der Stadt Heidenheim und der Stadtwerke Heidenheim AG abgeschlossene Konzessionsvertrag endet am 31.12.2012

Es ist daher höchste Zeit für eine demokratische Energiewende

Der DKP Heidenheim bzw. der Öffentlichkeit ist nicht bekannt, ob die Stadt Heidenheim bzw. die Stadtwerke Heidenheim AG ihrer Bekanntmachungspflicht ausreichend nachgekommen sind. Gemäß § 46 Abs.3 EnWG müssen Gemeinden spätestens zwei Jahre vor Ablauf der Konzessionsverträge das Vertragsende bekannt machen.

Wir halten es für dringend erforderlich das Thema Demokratisierung der Stadtwerke AG auf die kommunalpolitische und öffentliche Tagesordnung zu bringen. Ganz im Sinne der von der Stadtverwaltung so häufig erwähnten Transparenz.

Mehr Demokratie, Kontrolle und Mitbestimmung

Zur Daseinsvorsorge zählen all jene Güter und Dienstleistungen, an deren Angebot ein besonderes öffentliches Interesse besteht. Kommunalunternehmen müssen bürgerbestimmt und bürgerorientiert sein.

Kommunale Selbstbestimmung, demokratische Kontrolle und Transparenz sowie die Übernahme von Aufgaben durch die öffentliche Hand sind wichtige Voraussetzungen für öffentliche und demokratische Entscheidungen.

Kommunale Unternehmen stehen nicht unter Profiterwartungen wie eine Aktiengesellschaft. Kommunale Unternehmen arbeiten aufwandsdeckend, was nicht ausschließt, dass sie Gewinne machen. Entscheidend ist jedoch, dass es transparente Entscheidungen gibt, wie die Gewinne verwendet werden. Gerade bei der Versorgung mit Strom, Gas, Wasser und Wärme, den Grundprodukten der Daseinsvorsorge, ist die totale Transparenz, verbunden mit demokratischen Entscheidungen, eine zukunftsweisende kommunale Unternehmensverpflichtung.

Die gegenwärtige Entwicklung zeigt, dass mit der Energiewende immer mehr Kommunen neue Schritte zu offenen und demokratischen Unternehmensformen gehen. Wir von der DKP meinen, dass es sich auch für Heidenheim lohnt, für die Stadtwerke Heidenheim AG eine transparente und demokratische Alternative zu schaffen.

Mit der Energiewende hin zu mehr regenerativen Energien und kommunaler Transparenz.

Gläserne Taschen bei den Stadtwerken damit man rein sieht - was raus kommt!

Unsere Anträge

Noch vor Ablauf des 20-jährigen Konzessionsvertrags zwischen der Stadt Heidenheim und seiner 100%-Tochter Stadtwerke Heidenheim AG zum 31.12.2012 ist der Weg für eine neue demokratische Rechtsform gegeben.

Der Gemeinderat möge beschließen:

1. Alle zur Verfügung stehende rechtliche Schritte zu prüfen, die Stadtwerke Heidenheim AG in eine Rechtsform zu übertragen, die ein Höchstmaß an kommunalem Selbstverwaltungsrecht, sichert.
2. Informations- und Mitbestimmungsrechte des Gemeinderats und der Bürger sind zu gewährleisten.
3. Ziele sind die Wiedererlangung der kommunalen Gestaltungshoheit und einer wirtschaftlichen Transparenz als Grundvoraussetzungen für den Aufbau einer demokratischen und kommunalen Energiestruktur.

Sehr verehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte,

verstehen Sie unsere „Kommunale Initiative - Stadtwerke Heidenheim AG - Gläserne Taschen - als zeitgemäßen und zukunftsweisenden Handlungsvorschlag.

Unterstützen Sie unseren Antrag.

Mit freundlichen Grüßen
für den Kommunalpolitischen Arbeitskreis der DKP Heidenheim



Reinhard Püschel
DKP Stadtrat



Friedhelm Bühner
KOPO Arbeitskreis